

Kreml lenkt im Kuba-Konflikt ein

Chruschtschow nimmt Appell U Thants an — USA sagen unter Vorbehalt ja

Washington/Moskau (ap/dpa/upf). Während das in der ganzen Welt mit großer Spannung erwartete Zusammentreffen des ersten sowjetischen Tankers mit der amerikanischen Flotte im Karibischen Meer am 25. Oktober ohne Zwischenfall verlief, hat Moskau seine Bereitschaft zum Einlenken erklärt. Bereits kurze Zeit nach dem von U Thant den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion überreichten Vermittlungsvorschlag im Kuba-Konflikt stimmte Chruschtschow in einem Telegramm dem Plan des UNO-Generalsekretärs zu.

Gleichzeitig erklärte Sorin völlig überraschend, daß Moskau in West-Berlin nichts unternehmen werde und sich auch mit der US-Blockade um Kuba abfinden werde, wenn sie nicht über den bisherigen Rahmen hinausgehe. Eine offene Invasion Kubas werde allerdings eine neue Lage schaffen. Auch Präsident Kennedy hat im Grundsatz Verhandlungen über die Lösung der Kuba-Krise zugestimmt, zugleich aber eine direkte Antwort auf den Appell U Thants vermieden.

In seiner Antwort auf den Appell U Thants erklärt der sowjetische Ministerpräsident, er sei mit einer Einstellung aller Waffenlieferungen an Kuba für zwei bis drei Wochen einverstanden, wenn die amerikanische Quarantäne für die gleiche Zeit aufgehoben werde. Chruschtschow betonte weiter, er begrüße die Initiative des UNO-Generalsekretärs und verstehe seine Besorgnis im Zusammenhang mit der Situation im Karibischen Meer. Auch die sowjetische Regierung schätze die Lage sehr ernst ein. Im „Interesse des Friedens“ sei er mit dem Vorschlag einverstanden.

Sorin: „Eine USA-Falle“

In einem Gespräch des sowjetischen Chefdelegierten bei der UNO mit einer Gruppe von neun Vertretern blockfreier Staaten aus Afrika und Asien erklärte Sorin: „Wenn die Amerikaner glauben, daß wir in die Falle

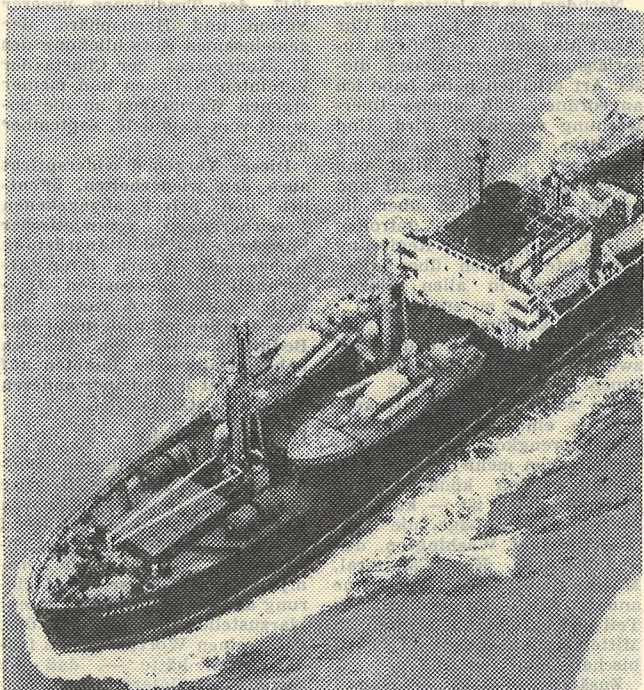
gehen und auf die Kuba-Blockade in West-Berlin antworten werden, so irren sie sich gründlich. Wir werden in West-Berlin nichts unternehmen.

Denn ein Vorstoß gegen Berlin ist gerade das, was die Amerikaner sich wünschen.“

VAR-Vermittlung

Auch die Vereinigte Arabische Republik und Ghana haben im Weltsicherheitsrat einen Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem eine Vermittlung im Kuba-Konflikt durch U Thant vorgeschlagen wird. Der Resolutionsentwurf war vorher mit

(Fortsetzung auf Seite 4)



WAFFEN FÜR KUBA. Das dpa-Bild zeigt den 7148 Tonnen großen sowjetischen Frachter Kolkhoznik mit vier Torpedobooten an Bord auf dem Wege nach Kuba.

Unser Ziel: „Verteidigung des Rechtes“

Auszüge aus der Rede Präsident Kennedys zur Kuba-Aktion der USA

Washington (ap/dpa). In der von der ganzen Welt mit Spannung erwarteten Rede an das amerikanische Volk erklärte der amerikanische Präsident in der Nacht zum 23. Oktober, daß die USA eine Blockade über Kuba verhängt haben. Der Präsident sagte unter anderem:

„Unsere Regierung hat, wie versprochen, den sowjetischen Militäraufbau auf der Insel Kuba unter schärfster Überwachung gehalten. Innerhalb der letzten Wochen haben unmißverständliche Beweise die Tatsache erwiesen, daß jetzt eine Reihe offensiver Raketenbasen auf der unterjochten Insel vorbereitet werden. Der Zweck dieser Basen kann nur sein, gegen die westliche Hemisphäre eine nukleare Angriffsmöglichkeit zu schaffen.

Nachdem ich am letzten Dienstagmorgen um 9 Uhr (15 Uhr MEZ) die ersten vorläufigen zuverlässigen Informationen dieser Art erhalten habe, habe ich angeordnet, daß unsere Überwachung verschärft wird. Und nachdem unsere Einschätzung der Lage jetzt bestätigt und vervollständigt worden ist und unsere Entscheidung über die Art des Vorgehens getroffen wurde, fühlt sich die Regierung verpflichtet, Ihnen über diese neue Krise in allen Einzelheiten Bericht zu erstatten.

Die Eigentümlichkeiten der neuen Raketenbasen deuten auf zwei bestimmte Einrichtungstypen hin. Verschiedene von ihnen schließen Mittelstreckenraketen ein, die einen Kernwaffensprengkopf über eine Entfernung von mehr als 1000 Seemeilen tragen können. Jede dieser Raketen ist — kurz gesagt — in der Lage, die Bundeshauptstadt Washington, den Panamakanal, Kap Canaveral, Mexiko-Stadt oder irgendeine andere Stadt im südöstlichen Teil der Vereinigten Staaten, in Mittelamerika oder im karibischen Gebiet zu treffen.

Zusätzliche Basen, die noch nicht fertiggestellt sind, scheinen für weiterreichende Raketen geplant zu sein, deren Reichweite doppelt so groß ist und

die damit in der Lage sind, die meisten größeren Städte der westlichen Hemisphäre zu treffen, im Norden bis zur Hudson-Bay in Kanada und im Süden bis Lima in Peru. Außerdem werden jetzt Düsenbomber, die Kernwaffen tragen können, auf Kuba ausgepackt und zusammengebaut, während gleichzeitig die erforderlichen Luftstützpunkte vorbereitet werden.

Diese eilige Verwandlung Kubas in eine bedeutende strategische Basis — durch das Vorhandensein dieser großen, weitreichenden und eindeutig offensiven Waffen für die schlagartige Massenvernichtung — stellt eine einwandfreie Bedrohung des Friedens und der Sicherheit ganz Amerikas, eine flagrante und willkürliche Mißachtung des Rio-Paktes von 1947, der Traditionen unserer Nation und Hemisphäre, der gemeinsamen Entschließung des 87. Kongresses, der Charta der Vereinten Nationen und meiner eigenen Warnungen an die Sowjets vom 4. und 13. September dar.

Dieses Vorgehen widerspricht auch den wiederholten, öffentlich und privat abgegebenen Versicherungen sowjetischer Sprecher, daß die Ausrüstung Kubas mit Waffen ihren ursprünglichen defensiven Charakter beibehalten werde und daß die Sowjetunion nicht das Bedürfnis oder den Wunsch habe, strategische Raketen auf dem Gebiet irgendeiner anderen Nation zu stationieren.

Höchste Gefahr

Noch am vergangenen Donnerstag, als sich die Beweise für diesen rapiden offensiven Aufbau bereits in meiner Hand befanden, erklärte mir der sowjetische Außenminister Gromyko, er sei von seiner Regierung angewiesen worden, erneut klarzustellen — wie sie dies nach seinen Worten bereits früher getan hätte —, daß die sowjetische Unterstützung Kubas „lediglich den Zweck verfolge, zu der Verteidigungskapazität Kubas beizutragen“, daß „die Ausbildung kuba-

nischer Staatsbürger bei der Handhabung defensiver Waffen durch sowjetische Spezialisten in keiner Weise offensiv sei“ und daß, „wäre dies anders, die sowjetische Regierung sich niemals auf die Gewährung solcher Unterstützung einlassen würde“. Die Erklärung war ebenfalls unwahr.

Weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch die Weltgemeinschaft der Nationen können absichtliche Irreführung und offensive Bedrohungen von seiten irgendeiner Nation dulden, sei sie groß oder klein.

Zur Verteidigung unserer eigenen Sicherheit und der Sicherheit der ganzen westlichen Hemisphäre, nach den Vollmachten, die mir durch die Verfassung gegeben sind und die durch den Kongreß bestätigt wurden, habe ich deshalb angeordnet, daß folgende erste Schritte sofort eingeleitet werden:

1. Um den offensiven (militärischen) Aufbau zum Halten zu bringen, wird eine strikte Quarantäne aller für Kuba bestimmter militärischer Angriffsausrüstungen eingeleitet. Schiffe jeglicher Art mit Bestimmungsort Kuba, von welcher Nation oder welchem Hafen sie auch kommen, werden zurückgeschickt werden, wenn festgestellt wird, daß sie Ladungen mit Angriffswaffen führen. Diese Quarantäne wird, falls erforderlich, auch auf andere Arten von Ladung und Ladungsträgern ausgedehnt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt enthalten wir jedoch niemandem vor, was zum Lebensunterhalt notwendig ist, wie dies die Sowjets mit ihrer Blockade Berlins 1948 versucht haben.

2. Ich habe die Fortdauer und Verstärkung der genauen Überwachung Kubas und seines militärischen Aufbaus angeordnet. Die Außenminister der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) haben in ihrem Kommuniqué vom 6. Oktober Geheimnisse in dieser Hinsicht für diese Hemisphäre verurteilt.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Unser Ziel: „Verteidigung des Rechtes“

(Fortsetzung von Seite 2)

Falls die offensiven militärischen Vorbereitungen weitergehen und damit die Bedrohung der Hemisphäre noch verstärkt wird, werden weitere Maßnahmen gerechtfertigt sein. Ich habe die Streitkräfte angewiesen, sich auf alle Möglichkeiten vorzubereiten. Ich hoffe, daß im Interesse sowohl des kubanischen Volkes als auch der sowjetischen Techniker auf diesen (Abschuß-)Plätzen die Gefahren für alle Beteiligten erkannt werden, wenn diese Bedrohung anhält.

Guantanamo verstärkt

3. Es ist die Politik dieser Nation, jede auf Kuba gegen irgendeine Nation der westlichen Hemisphäre gestartete Atomrakete als einen Angriff der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten zu betrachten, der eine umfassende Vergeltungswantwort gegen die Sowjetunion erfordert.

4. Als notwendige militärische Vorsichtsmaßregel habe ich unseren (Marine-)Stützpunkt Guantanamo verstärkt, die Familienangehörigen unseres dort stationierten Militärpersonals evakuieren lassen und zusätzliche Militäreinheiten in Alarmbereitschaft versetzt.

5. Wir beantragen heute abend eine Sondersitzung des Beratungsorgans der Organisation Amerikanischer Staaten, um die Bedrohung der Sicherheit der Hemisphäre zu erörtern und die Artikel sechs und acht des Vertrages von Rio zur Unterstützung aller notwendigen Aktionen in Kraft zu setzen. Die Charta der Vereinten Nationen gestattet regionale Sicherheitsvereinbarungen — und die Nationen dieser Hemisphäre haben sich schon vor langer Zeit gegen die militärische Anwesenheit ausländischer Mächte ausgesprochen. Unsere übrigen Verbündeten in der ganzen Welt sind ebenfalls alarmiert worden.

6. Im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen haben wir heute abend die unverzügliche Einberufung einer Sondersitzung des Sicherheitsrates beantragt, um Aktionen gegen die jüngste sowjetische Bedrohung des Weltfriedens ergreifen zu lassen. Unsere Resolution wird

den sofortigen Abbau und den Abzug aller Angriffswaffen auf Kuba unter der Überwachung von UNO-Beobachtern fordern, ehe die Blockade aufgehoben werden kann.

Appell an Chruschtschow

7. Ich appelliere an den Ministerpräsidenten Chruschtschow, diese heimliche, rücksichtslose und provokatorische Bedrohung des Weltfriedens einzustellen und die Beziehungen zwischen unseren Nationen zu stabilisieren. Ich appelliere ferner an ihn, seinen Kurs der Weltbeherrschung aufzugeben und sich an einer historischen Anstrengung zur Beendigung des gefährlichen Rüstungswettlaufes und zur Änderung der Menschheitsgeschichte zu beteiligen.

Diese Nation ist bereit, ihren Fall gegen diese sowjetische Bedrohung des Friedens und unsere eigenen Vorschläge für eine friedliche Welt zu jeder Zeit vor jedem Forum zu vertreten — vor der OAS, vor den Vereinten Nationen oder vor irgendeiner anderen Versammlung, die nützlich sein könnte —, ohne unsere Handlungsfreiheit zu beschränken.

Aber es ist schwierig, diese Probleme in einer Atmosphäre der Einschüchterung zu regeln oder nur zu diskutieren. Darum muß und wird dieser jüngsten sowjetischen Bedrohung oder anderen Bedrohungen, die entweder unabhängig oder im Zusammenhang mit unseren Aktionen dieser Woche unternommen werden, mit Entschlossenheit begegnet werden. Jede feindselige Handlung irgendwo in der Welt gegen die Sicherheit und Freiheit von Völkern, denen wir verpflichtet sind, einschließlich insbesondere der tapferen Bevölkerung West-Berlins, wird mit jeder notwendigen Aktion beantwortet werden.

Landsleute, geben Sie sich keinem Zweifel daran hin, daß dies ein schwieriges und gefährliches Unternehmen ist, dem wir uns zuwenden. Niemand kann voraussehen, welchen Lauf die Dinge nehmen werden oder welchen Preis an Geld und Menschenleben es fordern wird. Viele Monate der Opfer und der Selbstdisziplin

legen vor uns — Monate, in denen sowohl unser Wille als auch unsere Geduld auf die Probe gestellt werden wird —, Monate, in denen viele Drohungen und Verunglimpferungen uns die Gefahr stets vor Augen führen werden. Die größte aller Gefahren aber wäre es, nichts zu tun.

Der Weg, den wir jetzt gewählt haben, ist voller Gefahren, wie es alle Wege sind — aber es ist der Weg, der am meisten mit unserem Wesen und unserem Mut als Nation und unseren Verpflichtungen in aller Welt übereinstimmt. Der Preis der Freiheit ist stets hoch — aber die Amerikaner haben ihn noch immer bezahlt. Und der Pfad, den wir niemals wählen werden, ist der Pfad der Kapitulation oder der Unterwerfung.

Unser Ziel ist nicht der Sieg der Macht, sondern die Verteidigung des Rechts — nicht Frieden um den Preis der Freiheit, sondern Frieden und Freiheit, hier in dieser Hemisphäre und, wie wir hoffen, in der ganzen Welt. Wenn Gott will, wird dieses Ziel erreicht.“

Friedensappell des Papstes

Vatikanstadt (upi). Papst Johannes hat am 25. Oktober die Führer der Welt in einem beschwörenden Appell aufgerufen, „der Welt die Schrecken des Krieges zu ersparen“, eines Krieges, „der verheerende, von niemandem abzusehende Folgen haben würde“. In dem vom vatikanischen Rundfunk übertragenen Aufruf forderte das Oberhaupt der katholischen Kirche die Staatsmänner auf, gegenüber diesem Ruf der Menschheit „nicht taub zu bleiben“. Sie sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, den Frieden zu retten.

Durch Nebel und Wasser

Berlin (Eigenmeldung). Sieben Bewohnern Ost-Berlins und der Zone ist es gelungen, auf verschiedenen Wegen nach West-Berlin zu fliehen. Zwei Flüchtlinge, eine 18jährige und ein 20jähriger, durchschwammen dabei ein eiskaltes Gewässer und mußten wegen Unterkühlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Flucht der übrigen wurde durch ungewöhnlich dichten Nebel begünstigt.

Moskau will mit Kennedy verhandeln

Kreml-Chef droht gleichzeitig mit Atomkrieg
Sowjet-Schiffe ändern Kurs

Washington/Moskau (ap/dpa/upi). Während die gesamte Welt in fieberhafter Spannung die Ankunft der ersten sowjetischen Schiffe im Operationsgebiet der amerikanischen Flotte im Karibischen Meer erwartet, hat Chruschtschow in einem Brief an den britischen Philosophen und Atomwaffengegner Russell ein Gipfeltreffen vorgeschlagen. In einem Brief an Präsident Kennedy hat der sowjetische Ministerpräsident allerdings die Maßnahmen der USA als einen „Schritt auf dem Weg zu einem Atomkrieg“ bezeichnet.

Wie gleichzeitig vom amerikanischen Verteidigungsministerium bekanntgegeben wurde, hat ein Teil der Kuba anlaufenden sowjetischen Schiffe offenbar den Kurs geändert. Während die letzten amerikanischen Kriegsschiffe ihre Sperrpositionen

bezogen, trat in New York der Sicherheitsrat zu einer zweiten Sitzung über das Kuba-Problem zusammen. Indessen sind in Ost und West die militärischen Vorbereitungen verstärkt worden. Der gesamte NATO-Rat tagte am 24. Oktober in Permanenz.

In dem Brief an Russell erklärt Chruschtschow, solange in

der Kuba-Krise Raketen und Atomwaffen noch nicht zum Einsatz gekommen seien, bestehe die Möglichkeit, den Frieden zu retten. Chruschtschow ließ durchblicken, daß er zu einem Gespräch mit Kennedy bereit sei, ließ aber zugleich keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion energisch auf die amerikanische Teilblockade Kubas reagiere und gezwungen sein werde, Verteidigungsmittel „gegen Aggressoren“ zu benutzen. Einen anderen Ausweg gebe es nicht.

Macmillan rechtfertigt Kuba-Blockade

„USA konnten Provokation nicht hinnehmen“
Offensivwaffen müssen verschwinden

London (ap/upi). Die Sowjetunion hat nach Ansicht des britischen Premierministers Macmillan die Kuba-Krise in der provokatorischen Absicht aufgelöst, die Widerstandskraft und die Entschlossenheit der USA auf die Probe zu stellen. Die amerikanische Antwort dar-

auf müsse als gemäßigt angesehen werden.

Worte und Versprechungen genügen jetzt nicht mehr, sagte Macmillan vor dem Unterhaus. Die Welt wolle durch internationale Kontrollen sichergestellt wissen, daß sowjetische Atomraketen und andere Offensivwaffen aus Kuba verschwinden.

Der Premierminister forderte eine enge Zusammenarbeit der Westmächte bei der Lösung der Kuba-Krise. Differenzen dürfe es nicht geben. Die britische Regierung werde sich an allen notwendigen Maßnahmen beteiligen. Entschieden lehnte es Macmillan ab, diese unmittelbare Gefahr durch nachgiebige Schwäche zu beseitigen, weil dann eine noch größere Gefahr entstehen könne.

Oppositionsführer Gaitskell unterstützte im allgemeinen die Haltung der Regierung.

.....

Sie boten Truppen, Schiffe und Häfen an.

Wie aus vorliegenden Berichten hervorgeht, herrscht in Kuba trotz der Versicherung Kennedys, daß Lebensmittel und Gebrauchsgüter von der Quarantäne nicht betroffen werden, Panikstimmung. In Havanna hat ein Sturm auf alle Lebensmittelgeschäfte eingesetzt. Die Regierung sah sich gezwungen, eine Reihe von Konsumgütern zu rationieren.

Kreml lenkt im Kuba-Konflikt ein

(Fortsetzung von Seite 1)

den Delegierten von rund 50 neutralen und blockfreien Staaten abgesprochen worden. Der ägyptische Delegierte erklärte in der Debatte des Sicherheitsrates, seine Regierung halte die amerikanische Blockade Kubas für völkerrechtswidrig und betrachte sie als ein Hindernis für eine Lösung des Konfliktes. Eine Gruppe der Casablanca-Staaten hat zum Ausdruck gebracht, daß sie mit dem Vermittlungsvorschlag Kairo und Ghanas nicht zufrieden ist, weil er antiamerikanische Akzente trägt.

U Thant hatte unter Berufung auf eine Reihe neutraler und blockfreier Staaten die Sowjetunion und die USA dringend ersucht, für eine Frist von zwei bis drei Wochen die Waffenlieferungen an Kuba ebenso wie die Blockade der Insel freiwillig auszusetzen, um in der Zwischenzeit auf dem Verhandlungswege eine friedliche Lösung des Problems auszuarbeiten. Der UNO-Generalsekretär erklärte in seinem Appell, in

der gesamten siebzehnjährigen Geschichte der Vereinten Nationen habe es niemals eine gefährlichere und engere Konfrontation der beiden Weltmächte gegeben.

Ohne Zwischenfall

Das erste sowjetische Schiff traf am 25. Oktober im Sperrgürtel der amerikanischen Flotte um Kuba ein. Wie das amerikanische Verteidigungsministerium mitteilte, sei dem sowjetischen Tanker, der Rohöl geladen hatte, nach einer Überprüfung die Weiterfahrt gestattet worden. Die amerikanische Marine habe sich davon überzeugt, daß an Bord des Schiffes sich keine Offensivwaffen befunden hätten. Gleichzeitig erklärte das Pentagon, daß mindestens 12 weitere sowjetische Schiffe, die Kuba anlaufen, ihren Kurs geändert hätten, um nicht auf die amerikanischen Kontrollschiffe zu treffen.

Mindestens die Hälfte der lateinamerikanischen Staaten hat sich inzwischen aktiv in die Waffenblockade eingeschaltet.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2